Ausgabe 01/2013

EMU Verband

Politik & Wirtschaft | Recht & Steuern | Verband & Unternehmen

www.emu-verband.de

Mittelstandsreport

News und Informationen für mittelständische Unternehmen

Mittelstandsreport

Europaverband mittelständischer Unternehmen und Verbände e.V.

Editorial & Inhalt

Ein Jahr Energiewende

Gut ein Jahr nach den Beschlüssen der Bundesregierung zum Atomausstieg wird die Kritik an der Energiewende immer lauter. Die Strompreise steigen und belasten einen Vierpersonenhaushalt mit zusätzlich ca. 60 Euro im Jahr. Die Sorge um die Stabilität der Stromversorgung nimmt zu und birgt im Moment noch große Risiken – insbesondere für mittelständische Unternehmen und andere Einrichtungen, aber auch für Kommunen, deren Kassen ja nicht gerade üppig gefüllt sind.

Obwohl die Energiewende ursächlich überhaupt keinen Bezug zur Preisentwicklung auf dem Strommarkt hat, will uns die Politik und die Lobby der Energiekonzerne weis machen, dass eine Verteuerung des Strompreises unumgänglich ist. Der Strompreis in Deutschland ist inzwischen so hoch wie in kaum einem anderen europäischen Land. Vielleicht ist die Preisanhebung für private Haushalte gerade noch vertretbar, für Unternehmen bedeutet das aber Mehrkosten, die in die zigtausende gehen.

So belegen Konjunkturumfragen bei mittelständischen Unternehmen, dass die hohen Energie- und Rohstoffpreise das zweitgrößte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens darstellen. Ein weiteres Risiko sehen die Unternehmen in der Stabilität der Stromversorgung. Wenn in einem privaten Haushalt einmal das Licht kurz flackert oder die Stromzufuhr für den Bruchteil einer Sekunde unterbrochen wird, muss eventuell der digitale Wecker oder der Radiosender neu programmiert werden. Damit kann man leben.

Ganz anders sieht das in Produktionsbetrieben aus, wo Maschinen, Bänder oder Server laufen. Schon eine Stromunterbrechung von etwa 200 Millisekunden – das passiert in einigen Produktionsstätten ca. 20 bis 30 Mal im Jahr – bedeutet einen enormen finanziellen Zusatzaufwand. Als Unternehmer registrieren sie kurze Stromunterbrechungen, tragen die Folgekosten und haben trotzdem keine Lösung für das Problem. Auch Notstromaggregate oder USV lösen nur einen Teil des Problems und sind zudem noch teuer.

Energieeffizienz

Wenn wir nicht in einem Wahljahr wären, könnte „Energieeffizienz" das Wort des Jahres 2013 werden. Mit unserer aktuellen Ausgabe wollen wir das Thema Energiewende und Energieeffizienz von unterschiedlichen Seiten beleuchten und einen Teil zur Bewusstseinsbildung bei Unternehmen, aber auch anderen Einrichtungen und Kommunen beitragen.
Wir geben Ihnen einen Einblick und Überblick zum Thema Energiewende, zeigen Ihnen wo die Risiken liegen und wollen Ihnen aber auch wertvolle Hinweise für Lösungsansätze geben. Das Thema Energiewende bedeutet nämlich nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie und den Einstieg in erneuerbare Energien sondern auch, mit bereits vorhandener Technologie Energie zu sparen. Energieeffizienz besteht also untrennbar aus zwei wesentlichen Komponenten: Dem Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien und Einsparpotenziale nutzen.
Diese Thematik haben wir verbandsseitig zu einem unserer Schwerpunktthemen für das Jahr 2013 gemacht und bereiten gerade eine große Initiative für Unternehmen und Kommunen vor. Mehr darüber erfahren Sie in unserer nächsten Ausgabe.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern viele neue Erkenntnisse – Ihr EMU-Team

Politik & Wirtschaft
- Energiewende
- Energieeffizienz
- Risiken und Chancen

Recht & Steuern
- Umweltschutz
- Neue EU-Mehrwertsteuer-Vorschriften

Verband & Unternehmen
- Blockheizkraftwerke
- Lichtblicke

Energiewende

Die Politik – das Dilemma

Irgendwie haben der Mauerfall und die damit verbundene Wendepolitik zur Deutschen Einheit sowie die durch die Fukushima-Katastrophe ausgelöste Wende in der Energiepolitik viele Vergleichbarkeiten. Über 25 Jahre hat sich die Politik darum bemüht das getrennte Deutschland wieder zu vereinigen. Als es dann am „Tag X" so weit war, wurde alles mit heißer Nadel gestrickt – Konzepte für den Fall der Fälle – lagen nicht in den Schubladen.

Natürlich gibt es bei der Bewältigung eines solchen Mammutprojektes – was die Wiedervereinigung wirklich war – große Reibungsverluste, aber in der Konzeptlosigkeit sind Milliarden versenkt worden.

Ähnliche Verhältnisse – wenn auch nicht in dieser Dimension – finden wir bei der schnell verkündeten Wende in der Energiepolitik. Im Zeitalter laufender Atomkraftwerke war es jahrelang opportun, wenn nicht sogar verwerflich, das Wort „Erneuerbare Energie" in den Mund zu nehmen, geschweige denn vorausschauende Konzepte für die Energieerzeugung der Zukunft zu entwickeln. Auch hier verursacht die Konzeptlosigkeit der Politik unnötig entstehende Kosten bei den Privathaushalten und im Mittelstand.

Teufelskreis

Der Strompreis steigt, ganz egal welche Maßnahmen greifen. Verbrauchen wir weniger Strom – steigt der Preis, verbrauchen wir mehr Strom – steigt der Preis. Produzieren wir weniger Strom – entstehen Engpässe. Bei einer Überproduktion stellt sich die Frage – wohin mit der Energie. Hinzu kommt die Problematik, dass der Strom zu unterschiedlichen Zeiten an unterschiedlichen Orten verfügbar sein muss. Für den Transport müssen die Netze ausgebaut werden.

Problem

Der massive Zubau von Windrädern und Photovoltaikanlagen ist zwar ein Teil der Erfolgsgeschichte, aber auch gleichzeitig das Problem. Die Subventionierung von Windrädern, Solaranlagen etc. – festgeschrieben im (EEG) Erneuerbare-Energien-Gesetz – hat dazu geführt, dass die EEG-Umlage stetig angestiegen ist. Ab Jahresbeginn wurde eine erneute Steigerung von vormals 3,6 auf nunmehr 5,3 Cent für jede kWh Strom vereinbart, was den Strompreis um rund 50 Prozent verteuert.

Erfolge

Sicher gibt es auch Erfolge bei der Umsetzung zur Energieversorgung mittels erneuerbarer Energien zu vermelden, denn schon heute beträgt der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung bundesweit 25 %. Und Bundesminister Peter Altmaier will die Messlatte nochmals anheben. Statt der ursprünglich geplanten 35 % Erneuerbare bis 2020 peilt er nun als Ziel 40 % an.

Risiko

Auf Fragen, die den Mittelständlern unter den Nägeln brennen, hat auch die Politik keine einfachen Antworten parat. Neben den hohen Strompreisen beschäftigt den Unternehmer die Frage nach einer zukünftig stabilen Stromversorgung. Kann das Stromnetz zügig ausgebaut werden und wie entwickeln sich mögliche Stromunterbrechungen oder -ausfälle in der Zukunft? Werden aus möglichen kurzen Unterbrechungen eines Tages längere Unterbrechungen? Was passiert wenn Produktionsbänder plötzlich zum Stehen kommen? Mit diesen Szenarien beschäftigen sich die Unternehmer.

Chancen

Mögliche Versorgungsengpässe, Unterbrechungen und Ausfälle in der Stromversorgung sind nicht auszuschließen – und treten sie ein, gibt es zur Zeit keine geeigneten Mittel oder Maßnahmen, die das Problem kurzfristig lösen könnten. Hierin besteht aber auch eine große Chance und Zukunftsperspektive. Neben dem Netzausbau, der den Strom in geordneten Bahnen dahin transportiert wo er gebraucht wird, ist die dringlichste Aufgabe die Entwicklung von Speichertechnologien die das Problem zunächst abfedern und später vielleicht ganzheitlich beseitigen. Aber auch in der Nutzung vorhandener Technologien bieten sich große Möglichkeiten und Chancen.

Alternativen

Nicht nur für die „Zeit der Wende" bieten sich schon heute Alternativen, die nicht nur umweltfreundlich sind, sondern in hohem Maße energieeffizient arbeiten – und das auf der Basis einer erprobten und bewährten Technologie.

Praxisorientierte Hinweise und Möglichkeiten zur Nutzung finden Sie auf der letzten Seite!

Umweltschutz: Wie Unternehmen sauber bleiben

Bei Verstößen muss in vielen Fällen der Unternehmer selbst gerade stehen

Ölkanne ausgelaufen, Teich verseucht, Fische tot: Schon ein kleines Missgeschick im Arbeitsalltag kann schwerwiegende Folgen haben – für die Umwelt und für den Unternehmer. Wer sich nicht an umweltrechtliche Vorgaben hält, riskiert hohe Bußgelder und sogar Haftstrafen. Wenn etwas schief geht, muss der Unternehmer außerdem für den Schaden haften. Wie Betriebe den Wust der Regelungen meistern können, erläutert die D.A.S. Rechtsschutzversicherung im ersten Teil ihrer Umweltschutz-Serie. In diesem zweiten Teil geht es um die Folgen für Unternehmer, wenn sie dagegen verstoßen.

Geht es um die Umwelt, können vermeintlich kleine Vergehen zu unkontrollierbaren Folgen führen: Angenommen, aus einem metallverarbeitendem Betrieb fließen wegen fehlerhafter Anschlüsse giftige Abwässer nicht in die Aufbereitungsanlagen, sondern in die Regenwasser-Kanalisation. Von dort gelangen sie in einen Teich mit geschützten Fischarten. Sämtliche Fische sterben, auch die Nachbargrundstücke sind kontaminiert und bedürfen einer aufwändigen Sanierung. „Ist ein solcher Schaden erst entstanden, kann es extrem teuer werden." Unternehmer müssen sich daher bewusst sein: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Wer umweltrechtliche Normen missachtet oder nachlässig umsetzt, muss mit ernsten juristischen Konsequenzen rechnen.

Bußgelder bis 50.000 Euro

Nicht immer ist es ein Unfall, durch den ein Bruch der Umweltvorschriften ans Licht kommt: Jeder kann einen Verdacht melden, oder die Behörden werden selbst aktiv. Je nach Art und Schwere können die Vergehen dann ordnungs- oder strafrechtlich relevant sein. Weniger gravierende Fälle gelten als Ordnungswidrigkeit. „Hierbei drohen zwar keine Strafen, wohl aber mitunter happige Bußgelder", erklärt die D.A.S.-Expertin, „die Höhe kann bis zu 50.000 Euro betragen." Anders sieht es aus, wenn die Behörden von einer Straftat ausgehen: Dann sind Geldstrafen möglich, die viel höher sein können als die Geldbußen, und sogar Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren. Ein weiterer wichtiger Unterschied: Ein ordnungsrechtliches Verfahren kann sich auch gegen das Unternehmen richten. Bei einer Straftat dagegen muss eine natürliche Person geradestehen. Das bedeutet: Verantworten muss sich der Mitarbeiter, der die Vorschrift tatsächlich gebrochen hat, oder, zum Beispiel bei organisatorischen Fehlern, der Geschäftsführer. Und zwar auch dann, wenn er an dem Delikt nicht direkt beteiligt war!

Wenn Mitarbeiter Umweltvorgaben brechen

Lässt zum Beispiel ein Kfz-Mechaniker Batteriesäure ins Grundwasser sickern, muss er zunächst einmal damit rechnen, von den Gerichten selbst belangt zu werden. „Sofern es allerdings wegen eines Organisationsfehlers zu einem Umweltdelikt kommt, etwa, weil der Arbeitgeber seine Sorgfalts- oder Aufsichtspflichten verletzt, dann muss auch die Geschäftsleitung juristische Folgen befürchten", betont die Juristin der D.A.S. Denn es ist Aufgabe der Unternehmensführung, Umweltrisiken zu kennen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Dazu gehören entsprechende Weisungen an die Mitarbeiter ebenso wie die Kontrolle von deren Einhaltung. Der beste Schutz ist daher eine klare, eindeutige Betriebsorganisation. Unbedingt zu empfehlen ist die Einrichtung eines Umweltmanagementsystems. Ein solches System hilft, Öko-Gefahren zu erkennen und folgenschwere Fehler zu vermeiden. „Je besser der Umweltschutz in den Arbeitsalltag eingebettet ist, umso unwahrscheinlicher sind Verstöße gegen die Regelungen", meint die D.A.S.-Expertin.

Quellenangabe Text und Bild: D.A.S. Rechtsschutzversicherung
Weitere Infos erhalten Sie unter: www.das-rechtsportal.de

Neue EU-Mehrwertsteuer-Vorschriften sollen Unternehmen das Leben erleichtern

Am 01.01.2013 traten neue EU-Vorschriften für die Mehrwertsteuer in Kraft, die Erleichterungen für Unternehmen vorsehen. So sind zum einen fortan elektronische Rechnungen genauso zu behandeln wie Rechnungen auf Papier. Die Unternehmen können also wählen, welches Verfahren der Rechnungsstellung für sie am besten geeignet ist. Aufgrund der geringeren Verwaltungskosten könnten die Unternehmen damit bis zu 18 Milliarden Euro jährlich einsparen, so die Europäische Kommission.
Zum anderen könnten die Mitgliedstaaten Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als zwei Millionen Euro jährlich ab 2013 die Ist-Versteuerung ermöglichen. Das heißt, die betreffenden kleinen und mittleren Unternehmen hätten die Mehrwertsteuer erst dann zu entrichten, wenn sie sie vom Kunden erhalten. Damit ließen sich Liquiditätsprobleme für sie vermeiden, hofft die Kommission.

Europäische Kommission, PM vom 17.12.2012

Hunderttausende Straßenleuchten bekommen es bald mit dem Gesetz zu tun

Die heute noch häufig anzutreffenden Quecksilberdampflampen dürfen per EU-Verordnung ab 2015 nicht mehr hergestellt werden. Rund 3 Millionen Straßenleuchten müssen deshalb allein in Deutschland in den kommenden Jahren umgerüstet werden. Natriumdampflampen mit ihrem charakteristischen gelben Licht bleiben zwar erlaubt, verbrauchen aber bis zu 55 % mehr Strom und haben eine wesentlich kürzere Lebensdauer als LED-Leuchten.

Ein Lichtblick für die Straßenbeleuchtung der Zukunft

Große Innovationen können ganz klein sein: LEDs haben einen wahren Siegeszug durch die Beleuchtungstechnik angetreten. Kamen die kleinen Lichtquellen früher nur als Kontroll-Lämpchen zum Einsatz, finden sich LEDs heute zunehmend als extrem helle und gleichzeitig sparsame Lichtquellen in einer Vielzahl von Beleuchtungsanwendungen.

Sparsam im Verbrauch, stark in der Lichtausbeute

Im Vergleich zu anderen konventionellen Lichtquellen sind LED-Leuchten bei gleicher Stromaufnahme deutlich heller. Und das bedeutet: LED-Leuchten verbrauchen bis zu 80 % weniger Energie als herkömmliche Straßenlampen und sind außerdem mit bis zu 75.000 Betriebsstunden viel langlebiger.

www.clever-lights.com

EMU e. V.
Bachstraße 11 A
82291 Mammendorf
Telefon: 0 8145 - 52 10
Telefax: 0 8145 - 5240
E-Mail: info@emu-verband.de
Web: www.emu-verband.de

Blockheizkraftwerke

Unter einem Blockheizkraftwerk (BHKW) wird eine modulare Anlage verstanden, die durch die Methode der Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen und somit eine effiziente Alternative zu traditionellen Heizwerken darstellen kann. Blockheizkraftwerke stimmen die benötigte Endproduktion individuell auf die Bedürfnisse des Nutzers ab.

Bei dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung treibt der Verbrennungsmotor den Generator zur Stromerzeugung an, der die mechanische Energie des Motors in elektrische Energie umwandelt. Dabei entsteht in den heißen Abgasen, im Schmieröl, sowie im Kühlwasser vom Motor und Generator, Abwärme. Diese wird über ein Wärmetauschersystem, wie einen Plattenwärmetauscher, ausgekoppelt und zur Heizung und Warmwasserbereitung verwendet.

Somit wird die Energie doppelt genutzt, wodurch ein deutlich höherer Wirkungsgrad als in anderen Kraftwerken erzielt werden kann. Diese optimierte Nutzung der Abgaswärme führt zur einer recht hohen Effizienz von Blockheizkraftwerken. Zudem kann die Motordrehzahl an den aktuellen Bedarf Ihres Unternehmens angepasst werden. Dadurch kann das Gerät mit dem für Ihr Unternehmen optimalen Wirkungsgrad arbeiten.

Einsatzgebiete bei Blockheizkraftwerken

Altenheime, Einfamilienhäuser mit Schwimmbad, Eissportanlagen, Fitnesscenter, Gärtnereien, Gaststätten, Gemeindezentren, Handwerksbetriebe, Hotels, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Landwirtschaft, Neubaugebiete, Schwimmbäder, Sportanlagen, Unternehmen, Verwaltungsgebäude, Wohnheime…

Vorteile eines Blockheizkraftwerks

Durch die steigenden Erdöl- und Erdgaspreise kann vor allem für mittelständische Unternehmen und Kommunen ein erheblicher Kostendruck entstehen. Doch lässt sich dieser durch die eigenständige Strom- und Wärmeproduktion mit einem eigenen Blockheizkraftwerk vermeiden. Darüber hinaus können Sie durch die Inbetriebnahme eines BHKWs von folgenden Vorteilen profitieren:

- Bis zu 60 % weniger Primärenergieverbrauch als bei Netzstrom und Ölheizung durch den hohen Wirkungsgrad
- Vermeidung von Wärmeverlusten beim Transport durch direkte Nutzung am Ort
- Finanzielle Vorteile durch staatliche Förderprogramme
- Wirtschaftlichkeit durch Stromverkauf, Förderung und lange Laufzeit
- Größere Unabhängigkeit von der Energieversorgung mit Gas oder Öl, sowie von Stromausfällen
- Möglichkeit des Betriebs mit nahezu jedem Brennstoff
- Individuelles Leistungsniveau je nach Wärmebedarf
- Möglichkeit zum problemlosen Umstieg auf Biogas bei Gasantrieb
- Klima- und Umweltfreundlichkeit durch Betrieb mit CO^2-neutraler Biomasse (Pellets, Biogas, Pflanzenöl)
- Kein Atomstrom
- Geringe Abgasemissionen auch bei Einsatz fossiler Energieträger
- Geringer Platzbedarf der Anlage
- Geringe Lautstärke bei laufendem Betrieb